

Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

ersch. täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.80 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innschweizerischen Verkehr monatlich 1.80 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Strolche Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Reutlingen
Wildbad. — Bezugsstellen: Postgebäude Gewerbehof Wildbad. — Postfach Nr. 201 74 Reutlingen
Anzeigenpreise: Im Einzelheft die einseitige 66 mm breite Zeile 12 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote
10 Pf.; im Zeitel bis 90 mm breite Zeile 12 Pf. — Rabatt nach vorzugeschriebenem Tarif. — Zahlung der Anzeigenannahme
jährlich 3 Mal vorantwärtig. — In Konkreten Fällen oder wenn gerichtliche Bezeichnung notwendig wird, ist die Rechtsanwaltschaft
zu befragen. — Druck, Verlag u. Vertrieb: Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Sch., Wilhelmstr. 24, Tel. 478. — Wohnung: Villa Subertus

Nummer 80

Februar 479

Samstag, den 4. April 1936

Februar 479

71. Jahrgang

„Fremdenverkehrspolitik“

Einheitliche Zusammenfassung der Fremdenverkehrswerbung — Reichsfremdenverkehrsverband in neuer Gestalt

WPD. Die Entwicklung des deutschen Fremdenverkehrs ist in letzter Zeit durch eine Reihe von Maßnahmen stark gefördert worden. Das besonders Interessante, das dem Fremdenverkehr heute zugewandt wird, erklärt sich aus der nationalsozialistischen Auffassung, daß Fremdenverkehr nicht allein eine wirtschaftliche Angelegenheit von Wichtigkeit, sondern vor allem eine Angelegenheit von hoher politischer Bedeutung ist. Man braucht dabei nicht nur an Einrichtungen wie das gewaltige sozialistische Werk der Organisation „Kraft durch Freude“ zu denken, das zahlreiche Volksgenossen die deutsche Heimat und darüber hinaus das Erlebnis der Fremde kennenlernen ließ. Der Fremdenverkehr bringt die Fremden in unseren Lande einander näher, lehrt sie die Besonderheiten und Eigenarten der deutschen Landschaft und ihrer Bewohner verstehen, der Fremdenverkehr führt uns Besucher aus dem Ausland zu, die mit eigenen Augen sich von der politischen Umgestaltung in Deutschland überzeugen können. Durch den Fremdenverkehr werden dem einzelnen nicht nur Freude, Erholung und das Erlebnis neuer Welten geboten, der Fremdenverkehr bringt die Menschen einander näher, weil er sie aus dem engen Kreis der Tagesarbeit herausführt.

Wenn in solcher Weise die politische Aufgabe des Fremdenverkehrs schon frühzeitig in vielen Ländern erkannt wurde, so hat es bis zur Machtergreifung in Deutschland an einer zentralen Fremdenverkehrspolitik sowie an einer amtlichen Verkehrsförderung völlig gefehlt. Mit dem Gesetz über die Bildung eines Reichsausschusses für Fremdenverkehr vom 23. Juni 1933 trat ein Wandel ein. Durch die Bildung dieser dem Reichspropagandaministerium angegliederten Behörde, die die Leitung sämtlicher Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs übernahm, wurde die Grundlage einer Fremdenverkehrspolitik gelegt. Mit dem dieser Tage verkündeten „Gesetz über den Reichsfremdenverkehrsverband“ nimmt die Entwicklung ihren Fortgang. Nachdem durch die Bildung einer Reichsgruppe Hilfsgewerbe des Verkehrs die Neuordnung des Fremdenverkehrsgewerbes in Angriff genommen wurde und die Arbeit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und der Beherbergungsgewerbe gebraucht hat, ist der deutsche Fremdenverkehr für die Erfüllung der ihm gestellten wirtschaftlichen und politischen Aufgaben gerüstet.

Nachdem der frühere Bund deutscher Verkehrsverbände durch das erwähnte Gesetz als Reichsfremdenverkehrsverband zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts geworden ist, gliedert sich die Organisation der amtlichen Fremdenverkehrsförderung folgendermaßen: Oberste Dienststelle ist im Reichspropagandaministerium der Reichsausschuss für Fremdenverkehr. Oberste Zentralstelle für die Fremdenverkehrswerbung ist der Reichsfremdenverkehrsverband, dessen regionale Untergliederungen die Landesfremdenverkehrsverbände sind. Die Landesfremdenverkehrsverbände setzen sich aus den Fremdenverkehrsgemeinden zusammen, die als örtliche Zellen der Werbungsarbeit unter Führung der Kommunalbehörden stehen. Durch die zentrale Organisation ist, wie der Präsident des Reichsfremdenverkehrsverbandes, Staatsminister a. D. Hermann Eiser, kürzlich betonte, die Initiative der Gemeinden nicht ausgeschlossen, sondern nur eine Ausbreitung auf die großen Gesichtspunkte der Verkehrswerbung erfolgt. Es wird in Zukunft ausgeschlossen sein, daß deutsche Fremdenverkehrsgebiete und Orte gegeneinander ausgespielt werden und sich gegenseitig durch eine unlautere Werbung Konkurrenz machen.

Die über 10 000 deutschen Fremdenverkehrsgemeinden werden unter einheitlicher Führung an der Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben ungehindert arbeiten können. Mit der Neuorganisation der Fremdenverkehrswerbung ist diese auch auf eine dauernde feste finanzielle Grundlage gestellt worden dadurch, daß die Fremdenverkehrsgemeinden beitragspflichtig gemacht wurden. Der Eintrag dieser Mittel wird der allgemeinen Fremdenverkehrsförderung dienen. Sie schafft die Möglichkeiten zum Eintrag aller, zum Teil noch unausgenutzt gebliebenen Werbungsstellen.

Dafür, daß es zwischen der gemeinnützigen Verkehrswerbung und dem ordentlichen Verkehrsgewerbe zu keiner Wettbewerbssituation kommt, ist durch eine Vereinbarung mit der Reichsgruppe Hilfsgewerbe gesorgt worden. Die vor kurzem abgeschlossene Vereinbarung legt fest, daß nur bei Vorliegen besonderer Verkehrsbedürfnisse oder bei Fehlen eines gewerblichen Reisebüros Ausnahmen von der Regel gemacht werden können, daß zu den Aufgaben der Fremdenverkehrsgemeinden nicht der Betrieb von Reisebüros gehört. Die dadurch erfolgte klare Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete wird einer stärkeren Zusammenarbeit außerordentlich dienlich sein. Die Zusammenarbeit mit der Reichsgruppe Hilfsgewerbe dient zurzeit insbesondere den Bemühungen um eine Verbesserung der Unterkünfte. Noch ausstehende gesetzliche Maßnahmen, insbesondere die Erlassung der Privatimmervermieter, werden zielbewußt weiter betrieben. So steht der ehemals zerplitterte

ohne einheitliche Führung arbeitende Fremdenverkehr im Aufbau einer alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausnützenden staatlich ausgerichteten Fremdenverkehrswerbung.

740 Reichstagsabgeordnete gewählt

Berlin, 3. April. Nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen vom 29. März sind insgesamt 740 Abgeordnete gewählt worden. Davon entfallen auf die 35 Wahlkreise insgesamt 723 und auf den Reichswahlvorstand 17 Abgeordnete. Der Führer steht an der Spitze der im Wahlkreis 24 (Oberbayern-Schwaben) gewählten Abgeordneten, während der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Heß, den Reichswahlvorstand anführt. An erster Stelle der einzelnen Wahlkreislisten stehen die Reichsleiter, Reichsminister, Gauleiter und Reichs-Gauleiter.

Von bekannten Persönlichkeiten gehören außerdem — nach Wahlkreisen geordnet — dem neuen Reichstag u. a. an: Wahlkreis Ostpreußen: SA-Obergruppenführer Lohmann, Ministerialrat Dr. Uebel; Wahlkreis Berlin-West: Reichshauptamtsleiter Hilgenfeldt, Staatssekretär Körner, Graf Ernst zu Reventlow-Potsdam, der Leiter der Bauernschule in Goslar, Freiherr von Wangenheim, SA-Gruppenführer Wilhelm Reich; Berlin-Ost: Der Adjutant des Führers, Obergruppenführer Reichner, SS-Obergruppenführer Daluge, Ministerialrat im Reichspropagandaministerium, Hante, Reichskulturwart Hinkel, SA-Obergruppenführer von Jagow-Berlin, Hauptschriftleiter Kampmann-Berlin; Wahlkreis Potsdam: Amtsleiter der NS-Kampfgemeinde Dr. Stang-Berlin, Generalarbeitsführer Dr. Deder-Potsdam, General der Infanterie a. D. Lohmann, SA-Gruppenführer Prinz August Wilhelm von Preußen, Botschafter von Ribbentrop, Gouverneur a. D. Dr. Schnees; Wahlkreis Frankfurt a. O.: Stabsleiter des Führers, Reichsleiter, Bormann; Wahlkreis Pommern: Reichsarbeitsdienstführer Hiel, Reichsjugendführer von Schirach; Wahlkreis Breslau: Stabschef der SA, Luke, Professor Dr. Freiherr von Freytag-Loringhoven-Breslau; Wahlkreis Opperin: Amtsleiter des rassenpolitischen Amtes, Dr. Groß; Wahlkreis Magdeburg: Reichsgruppenführer von Tschammer und Osten; Wahlkreis Mecklenburg: Reichsführer der Technischen Nothilfe, SA-Gruppenführer Weimreich-Berlin; Wahlkreis Thüringen: Reichsstatthalter Sanderl, Amtsleiter des NS-Studienbundes, Derichsweiler, Ministerpräsident Marzler, Ministerialrat im Reichsinnenministerium Dr. Wehner; Wahlkreis Schleswig-Holstein: Staatssekretär Dr. Dreisler; Wahlkreis Südniederrhein: Reichsministerpräsident Klages-Braunschweig, der Stellvertreter des Reichsjugendführers, Lauterbach, Staatssekretär Willkens; Wahlkreis Westfalen-Nord: Chef des SS-Hauptamtes, SS-Gruppenführer Heilmeyer; Westfalen-Süd: SS-Präsident des Führers, Böhler, Reichsobmann des Reichsnährstandes, Weinberg, Generaldirektor Dr. Böglers-Dortmund; Wahlkreis Hessen-Nassau: Präsident der Industrie- und Handelskammer für das rhein-männische Wirtschaftsgebiet, Eier; Wahlkreis Köln-Aachen: Leiter des Hauptamtes der Reichswehr, Reichsleiter der NSDAP, Oberlandobmann, Reichsinspekteur der NSDAP, Schmeer, Hauptschriftleiter Winkeltemper-Köln; Wahlkreis Düsseldorf-Ost: SS-Gruppenführer und Chef des SS-Hauptamtes, Hendrich, Staatsrat Dr. Fritz Thießen-Mülheim; Düsseldorf-West: Rechtsanwalt Professor Dr. Grimm-Essen; Oberbayern-Schwaben: Reichsleiter Reichsgruppenführer Amann, Reichsstatthalter Ritter von Epp, Reichsleiter Oberbürgermeister Fischer-München, SS-Brigadenführer Schaub, Reichsleiter Reichsgruppenführer der NSDAP, Schwarz, Ministerpräsident Sieber-München, Niederbayern: SS-Obergruppenführer Joseph Dietrich, Korpsführer des NSKK, Hühlein; Franken: Verleger Brudmann-München, Vorsitzender des Obersten Parteigerichts, Grimm-München; Wahlkreis Pfalz: Hauptamtsleiter Klaus Selzner, Reichsarbeitsführer Dr. Wagner; Wahlkreis Leipzig: Reichsprofessor der NSDAP, Dr. Otto Dietrich, Stadtrat Emil Maurice-München; Württemberg: Gauleiter der Auslandsorganisation der NSDAP, Böhle; Baden: Hauptschriftleiter Berchtold-München, der Beauftragte des Führers

fers für Wirtschaftsprüfung, Keppler, der badische Ministerpräsident Köhler, Gruppenführer Kraftfahrinspektor Ost des NSKK, Diermann; Mecklenburg: Staatsrat von Stauff.

Auf den Reichswahlvorstand außer dem Stellvertreter des Führers noch gewählt: Staatssekretär i. A. Dr. Bang, Justizrat Heinrich Claf, Herzog von Coburg, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Coerling-Berlin, Landwirt Oskar Harny, Stadtrat Ulrich Graf-München, der Polizeipräsident von Berlin, Stadtdorf, Geheimrat Finanzrat Dr. Hugenberg, Gesandter von Japan, der Führer des Kuffhäuserbundes, SS-Oberführer Reinhard, Rechtsanwalt Schaper-Magdeburg, Geheimrat Dr. Schmidt-Ludwigs-hafen, Freiherr von Schorlemer-Bolkershausen, Reichsminister Selbde, Professor Dr. Martin Spahn-Köln, Land- und Volkswirt von Wedel-Parlow-Berlin.

Die Rede Edens im Unterhaus

„Die Vorschläge Hitlers höchst bedeutsam“

London, 3. April. Vor vollbesetztem Hause und in Anwesenheit fast der gesamten Regierung gab Außenminister Eden am Freitag vormittag die angekündigte Erklärung über die britische Friedenspläne und die Generalstabsbesprechungen ab.

Die Ereignisse der letzten Tage, führte Eden aus, zerfallen in zwei Teile. Der erste Teil bezieht sich auf Mitteilungen der deutschen Regierung vom 1. April an die britische Regierung, der zweite Teil auf die zwischen der britischen, der französischen und der belgischen Regierung ausgetauschten Mitteilungen über das Weißbuch vom 19. März.

Nach einem kurzen Hinweis auf den Besuch des Botschafters von Ribbentrop am Samstag der Ueberreichung der deutschen Antwort fuhr Eden fort:

Gestern hatte ich eine weitere Unterredung mit dem deutschen Vertreter, in der ich Herrn von Ribbentrop mitteilte, daß die britische Regierung, obwohl sie bisher nur Zeit für ein Studium hatte, die letzten Vorschläge Hitlers als höchst bedeutsam ansehe und daß sie eine sorgfältige Prüfung verdienten, was wir jetzt zu tun beabsichtigen.

Die unmittelbare Frage lautet, welcher Art der nächste Schritt sein soll. Es war klar, daß wir mit den anderen Regierungen in Verbindung treten müssen, das bedarf einiger Zeit, und in der Tat glaubt die britische Regierung, daß in diesem Augenblick eine Pause wertvoll ist. (Beifall.) Ich betonte Herrn von Ribbentrop gegenüber, daß unser Ziel in der gegenwärtigen Lage daselbe ist, das es von Anbeginn an gewesen ist, nämlich die Verhandlungen über eine endgültige Regelung in dieser Hinsicht in Ruhe zu halten und zu versuchen.

Ich bin Herrn von Ribbentrop, dem deutschen Kanzler zu versichern, daß die britische Regierung in dieser Hinsicht keine Bemühungen scheuen würde. Gleichzeitig fühlte ich mich verpflichtet, ihm gegenüber darauf hinzuweisen, daß die deutsche Regierung in bezug auf den Uebergangszeitraum, für den die britische Regierung ganz besonders um einen Beitrag gebeten hatte, nicht in der Lage gewesen ist, uns entgegenzukommen. Infolgedessen bleibt die Schwierigkeit, in Europa eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, was eine wesentliche Vorbedingung für erfolgreiche Verhandlungen ist, noch bestehen.

Eden über die Generalstabsbesprechungen

Außenminister Eden führte in seiner Erklärung vor dem Unterhaus u. a. weiter aus, das Unterhaus wird sich daran erinnern, daß ich in meiner Erklärung vom 26. März gesagt habe, unsere Hauptaufgabe in diesen schwierigen Zeiten bestehe darin, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, in der Verhandlungen über eine allgemeine Regelung stattfinden können. Der Außenminister wies in diesem Zusammenhang auf die Verpflichtungen hin, die England eingegangen sei und erwähnte dabei besonders die Besprechungen zwischen den Generalstäben, die im Interesse dieser Verpflichtungen stattfinden sollen. (Beifall.)

Es muß betont werden, so sagte er, daß sich die Besprechungen nur auf die Zwischenperiode beziehen; sie werden einen rein technischen Charakter haben und unsere politischen Verpflichtungen nicht vermehren.

Dementsprechend übergab ich gestern dem französischen und dem belgischen Botschafter je ein Schreiben, denen ich eine weitere Mitteilung beifügte, dessen Inhalt ich dem Hause verlesen werde:

„Ich habe die Ehre, Eurer Exzellenz einen Brief auszuhandigen, wie er in dem Text der Vorschläge vorgelesen ist, die am 19. März von den Vertretern Belgiens, Frankreichs, Englands und Italiens entworfen worden ist. Eure Exzellenz werden zu würdigen wissen, daß die Absendung dieses Briefes in keiner Weise bedeutet, daß nach Ansicht der britischen Regierung die Verhandlungsbemühungen, auf die in diesem Briefe Bezug genommen wird, gescheitert sind. Wie Sie wissen, haben wir heute von der deutschen Regierung gewisse Vorschläge erhalten, die wir Ihrer Regierung mitgeteilt haben und denen wir unsere sofortige Erwägung schenken. Inzwischen ist die britische Regierung in Uebereinstimmung mit Paragraph 3 der Vorschläge bereit, ihren Generalstab anzuweisen, im Verbindung mit dem französischen bzw. belgischen Generalstab in Verhandlung zu treten, um die technischen Voraussetzungen zu schaffen, unter

Kurze Tagesübersicht

Außenminister Eden gab im Unterhaus eine Erklärung ab, worin er die Vorschläge des Reichskanzlers für sehr bedeutsam erklärte und die Briefe an Belgien und Frankreich bekanntgab, die England zu den Generalstabsbesprechungen abhandelte.

England wünscht im übrigen in Ruhe den Friedensplan des Führers zu prüfen, die Presse übt Kritik an der harten Haltung Frankreichs.

In Paris herrscht am Freitag diplomatischer Hochbetrieb. Im Mittelpunkt stand die Botschafterkonferenz bei Islandin, die dem deutschen Friedensplan galt. Frankreich will einen Gegenvorschlag machen.

Wie nunmehr feststeht, sind am vergangenen Sonntag 740 Reichstagsabgeordnete gewählt worden.

Das Luftschiff „Hindenburg“ hat am Freitag nachmittags Südamerika erreicht und wird am Samstag in Rio de Janeiro landen.



denen die in jenem Paragraphen genannten Verpflichtungen im Falle eines nicht herausgeforderten Angriffes durchgeführt werden sollen.

Im Auftrage der britischen Regierung habe ich die Ehre, mitzuteilen, daß dies dahin zu verstehen ist, daß diese Fühlungnahme zwischen den Generälen für keine der beteiligten Regierungen irgend eine politische Verpflichtung auswirkt, noch irgend eine Verpflichtung bezüglich der Organisation der Landesverteidigung. Ich würde mich freuen, von Ew. Exzellenz die Befriedigung zu erhalten, daß Ihre Regierung der gleichen Auffassung ist. Die britische Regierung schlägt vor, daß die Besprechungen zwischen den Generalstäben der beiden Regierungen, die für die Herstellung der fraglichen Fühlungnahme notwendig sind, in London begonnen werden sollen. Ich sende gleichlautende Briefe an den französischen bezw. belgischen Botschafter.

Nach der Verlesung des Briefes fuhr Eden fort: Wie man sieht, befaßt sich diese Mitteilungen mit drei verschiedenen Punkten:

1. Ich mache es klar, daß die Absendung dieses Briefes in keiner Weise bedeutet, daß nach Ansicht der britischen Regierung die Versöhnungsbemühungen, auf die dieser Brief Bezug nimmt, fehlgeschlagen sind. In dieser Verbindung werden die Unterhaus-Mitglieder erkennen, daß sie die Aufmerksamkeit auf die jüngsten Vorschläge der deutschen Regierung lenken, die soeben eingetroffen waren.

2. Die beiden Botschafter wurden dahin unterrichtet, daß die britische Regierung gewillt ist, umgehend die in Paragraph 3 des Weißbuches vom 19. März vorgesehenen Stabsbesprechungen zu autorisieren.

3. Ich lege ein Einverständnis darüber fest, daß diese Fühlungnahme zwischen den Generalstäben für keine der beteiligten Regierungen irgend eine politische Verpflichtung, noch eine Verpflichtung hinsichtlich der Landesverteidigung auswirkt.

Die britische Regierung hat nunmehr von dem französischen und dem belgischen Botschafter die Mitteilungen erhalten, daß auch ihre Regierungen dieser Auffassung beitreten. Das Unterhaus wird ferner feststellen, daß die vorgeschlagenen Generalstabsbesprechungen in London stattfinden sollen. Auch hiermit haben sich die Regierungen Frankreichs und Belgiens einverstanden erklärt. Ein Zeitpunkt für diese Zusammenkunft ist noch nicht festgesetzt. Aber sie wird stattfinden, sobald die notwendigen Vorkehrungen getroffen worden sind. Die hierauf bezügliche Korrespondenz wird noch heute in einem Weißbuch veröffentlicht werden. Wie ich schließlich wiederholen muß, ist sich die britische Regierung vor einiger Zeit schlüssig geworden, daß sie ihrerseits einen Beitrag zur Wiederherstellung des Vertrauens leisten muß, das eine wesentliche Vorbedingung für erfolgreiche Verhandlungen ist. Dies war der Hauptgrund, warum die britische Regierung Stabsbesprechungen mit Frankreich und Belgien beschloß hat.

Diese Besprechungen können nach Meinung der britischen Regierung in keiner Weise als eine Präjudizierung der Regelung angesehen werden, deren Verwirklichung wir alle wünschen. Die Erklärung des Außenministers Eden wurde mit lautem Beifall begrüßt.

Neue Unterredung zwischen von Ribbentrop und Eden

Vor der Unterhaus-Aussprache hatte Botschafter von Ribbentrop am Freitag vormittag eine weitere kurze Unterredung mit dem englischen Außenminister Eden im Unterhaus.

Außenpolitische Aussprache im Unterhaus

In die Eden-Erklärung im Unterhaus schloß sich eine kurze Aussprache an.

Lloyd George stellte folgende Frage: Kann der Außenminister dem Unterhaus und dem Volk in bezug auf die Militärbesprechungen versichern, daß nicht beabsichtigt ist, irgend einen dieser Militärpläne in dem bedauerlichen Falle eines Scheiterns der Verhandlungen wirksam werden zu lassen, solange nicht ein nicht herausgeforderter Angriff deutscher Streitkräfte auf belgischem oder französischem Boden vorliegt, d. h. ein tatsächlicher Einmarsch in Frankreich oder Belgien? Eden beantwortete diese Frage.

Eine weitere Frage des konservativen Abgeordneten Hor, ob auch die Regierungen der Dominien bei den Stabsbesprechungen vertreten sein würden, beantwortete Eden mit der Bemerkung, daß die Dominien über jede Waise der Stabsbesprechungen auf dem laufenden gehalten würden.

Der Führer der Arbeiterpartei, Attlee, erkundigte sich hierauf, ob diese Tatsache nicht ein Grund sei, die Basis der Verhandlungen durch Hinzuziehung der Völkerbundsmächte zu verbreitern, da sonst die Mitglieder des britischen Reiches abseits stehen würden. Eden schloß sich dieser Ansicht an und fügte hinzu, er sei für eine Verbreiterung der Basis; aber das Unterhaus werde es zu würdigen wissen, daß der Ursprung des vorliegenden Falles die Ausfälligkeit des Locarno-Vertrages sei.

Die Frage des konservativen Abgeordneten Sanson, ob auch Italien ähnliche Briefe an die französische und belgische Regierung richte, wurde von Eden mit dem Hinweis beantwortet, daß er hierüber keine Mitteilungen vorliegen habe.

Verständnis für den deutschen Friedensvorschlag in der belgischen Presse

Brüssel, 3. April. Aus der Presse gewinnt man am Freitag den Eindruck, daß die öffentliche Meinung in Belgien nach einer anfänglichen Zurückhaltung nunmehr in zunehmendem Maße Verständnis für die Bedeutung der Friedensvorschläge des Führers gewinnt. Von wenigen holländischen Stimmen abgesehen, geht die allgemeine Auffassung in der Presse dahin, daß die Vorschläge für die sog. Verhandlungsperiode zwar nicht dem entsprechen, was die Rest-Locarno-Mächte erwartet hätten, daß aber das von Hitler vorgelegte Programm in ernsthafter Erwägung gezogen werden müsse. Selbst die gewiß nicht deutschfreundliche „Etoile Belge“ stellt fest, man könne nicht behaupten, daß das deutsche Memorandum keine wesentlichen Gesichtspunkte enthalte. Bemerkenswert positiv ist die ebenso wenig deutschfreundliche „Civile Belge“, die der Meinung ist, daß das deutsche Memorandum nicht ohne weiteres und im ganzen abgelehnt werden könne. „Singlieme Steele“ erklärt, man befinde sich an einem großen Wendepunkt der politischen Entwicklung in Europa. Zum erstenmal werde jetzt der Plan einer europäischen Friedensorganisation vorgelegt, die nicht mehr auf den Versailles-Vertrag abgestellt sei. Die „Libre Belgique“ schreibt, das deutsche Memorandum habe ein zweifelloses Verhandlungsgrundlage. Heute sei eine vernünftige und dauerhafte Organisation des europäischen Friedens nur noch auf der Grundlage gleichen Rechtes möglich. Der stämmisch-katholische „Standaard“ schreibt, Belgien könne Frankreich nicht folgen, wenn dieses Land eine unangenehme Haltung einnehme. Der bisherige Zustand sei un-

haltbar geworden. Versailles, Locarno und Kelloggspakt hätten nicht verhindert, daß sich über Europa ein Netz von Militärbindnissen ausgebreitet habe, und zwar meistens auf Initiative Frankreichs. Deutschland biete jetzt einen Friedensplan an. Hitlers Vorschläge seien in manchen Punkten zwar undeutlich, namentlich diejenigen, die sich auf die Verhandlungsperiode bezögen. Es sei aber nicht zu leugnen, daß das deutsche Memorandum positive Vorschläge enthalte. Belgien müsse in den kommenden Wochen seine ihm als kleineres Land vorgezeichnete Vermittlerrolle spielen.

Verhandlungsbereitschaft in Frankreich?

Pariser Pressestimmen

Paris, 3. April. Während sich das „Echo de Paris“ und der „Petit Parisien“ nach wie vor völlig ablehnend verhalten, ist das „Journal“ am Freitag in der Beurteilung der Lage wesentlich ruhiger geworden. Aus der genauen Prüfung der deutschen Antwort ergebe sich die Tatsache, daß zwischen Deutschland und Frankreich starke Meinungsverschiedenheiten über die Mittel beständen, mit denen man im Westen die Ruhe und Ordnung in Europa herstellen könne und ein System der Sicherheit und des Friedens errichten könne. Im Laufe der Besprechung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und dem französischen Außenminister Glandin seien bereits die großen Linien der Erklärung aufgestellt worden, die Frankreich gelegentlich der Zusammenkunft der Locarno-Mächte abzugeben werde. Diese Erklärung werde zwar auf eine Ablehnung der deutschen Vorschläge hinauslaufen, so wie sie augenblicklich abgefaßt seien, sie werden aber kommenden Verhandlungen die Tür nicht verschließen.

Die Notwendigkeit dieser Verhandlungen wird auch vom „Petit Journal“ unterstrichen. Eine Weigerung, die deutschen Vorschläge zu prüfen unter dem Vorwand, daß sie für Frankreich unannehmbar seien, sei nicht angängig. Es sei leicht, zu sagen, diese Vorschläge seien unannehmbar, und man müsse sie en bloc zurückweisen. Man müsse sich aber auch fragen, was dann werden soll. Man müsse sich vor allem fragen, was werden solle, wenn Frankreich auf lange Sicht jede Fühlung mit Deutschland abbreche. Die Haltung der französischen Diplomatie sei vollkommen klar. Frankreich müsse so bald wie möglich eine Zusammenkunft der Locarno-Mächte hervorrufen und eine gemeinsame und genaue Prüfung der deutschen Vorschläge vornehmen. Dann müßten Gegenvorschläge ausgearbeitet werden und schließlich müsse der Führer unterrichtet werden, daß man bereit sei, zu verhandeln unter der Bedingung, daß diese Verhandlungen im Rahmen des Völkerbundes stattfinden. Der Außenminister des gleichen Blattes glaubt außerdem zu wissen, daß die französischen Vorschläge auf der Konferenz der Locarno-Mächte ungefähr in dieser Richtung verlaufen würden. Er erklärt in Übereinstimmung mit dem „Journal“, daß die französische Regierung die deutschen Vorschläge weder annehmen noch ablehnen, sondern Gegenvorschläge unterbreiten und die Haltung Frankreichs in allen Einzelheiten darlegen werde.

Der „Jour“ begrüßt es vor allem, daß die nächste Zusammenkunft der Locarno-Mächte nicht mehr in London stattfinden.

In der radikalsozialistischen „Republique“ fordert der ehemalige Generalsekretär der Radikalsozialistischen Partei, Edouard Pfeiffer, die französische Regierung auf, unter keinen Umständen Verhandlungen abzulehnen und auf die deutschen Vorschläge mit Nein zu antworten. Es würde den französischen Interessen widersprechen, wenn die französische Regierung dem Führer eine ablehnende Antwort geben würde.

Man müsse sich einmal die Frage vorlegen, was Frankreich eigentlich tun solle, nachdem es Nein gesagt habe. Die englische Presse fordere Paris schon jetzt auf, die deutschen Vorschläge zumindest als Verhandlungsgrundlage anzuerkennen. Ein französisches Nein würde nur Nachteile haben. Frankreich würde sich von England entfernen und darüber hinaus die gesamte Weltöffentlichkeit verstimmen, die heute den Eindruck habe, daß Hitler den Frieden wolle, während Frankreich sich ihm widersetze. Im sozialistischen „Populaire“ nimmt Leon Blum zu den deutschen Vorschlägen Stellung, die seiner Ansicht nach als Grundlage für eine allgemeine europäische Verständigung dienen könnten.

Gegen Frankreichs starre Haltung

London, 3. April. Die Londoner Morgenblätter zeigen, daß das Verständnis für den deutschen Standpunkt in England im zunehmenden Maße begriffen ist. Das geht vor allem aus dem Eindruck hervor, den die überscharfe Ablehnung der deutschen Antwort durch Frankreich in London gemacht hat. Sämtliche Blätter mit Ausnahme der „Morningpost“ lassen erkennen, daß sie die französische Haltung zwar verstehen, aber nicht billigen können.

Die „Times“ begrüßt in ihrem Leitartikel die dreiwöchige politische Pause, die Dr. Göbbels in Deutschland angekündigt habe und erklärt, es gebe keine bessere Propaganda für den Frieden in diesem Augenblick. Was jetzt benötigt werde, sei Zeit für eine ruhige Erörterung und Prüfung des umfangreichen Materials, das auf dem Tisch liege. Wenn man unter allen Umständen für immer ableugne, daß es so etwas wie einen guten Glauben Deutschlands gebe, so könne dies nur zur Katastrophe führen.

Auf die Frage der Generalstabsbesprechungen übergehend, erklärt die „Times“, nach britischer Ansicht bestände ihre einzige Aufgabe darin, die französischen Ängste zu beseitigen, damit eine leidenschaftslose Erörterung der verschiedenen Mittel erfolgen könne, durch die die gegenwärtigen Schwierigkeiten zum gemeinsamen Nutzen entwirrt werden könnten. Dieser Wunsch Englands sei keinerlei Hindernis für die Aufnahme von Verhandlungen zwecks Herbeiführung eines Uebereinkommens. „Daily Telegraph“ wendet sich in seinem Leitartikel gleichfalls zunächst an Frankreich und meint, daß der französische „Ausbruch“ den grundsätzlichen Unterschied in der Beurteilung aufzeige, den Franzosen und Briten in bezug auf die deutsche Denkschrift einnimmen. In England herrsche die Meinung, über die unmittelbaren Hindernisse für die Aufnahme der Verhandlungen hinwegzusehen und die Hoffnung auf den Friedensplan zu setzen. Für Frankreich seien die anfänglichen Erörterungen wichtiger. Das englische Verständnisversprechen an Frankreich und Belgien und die in Aussicht genommenen Generalstabsbesprechungen seien Maßnahmen, die die Zeit und die Atmosphäre schafften, die nötig seien, um die Völker an den Konferenzstisch zu bringen.

Ganz energisch wendet sich die „News Chronicle“ gegen Frankreich. Unter der Überschrift: „Was will Frankreich eigentlich?“, weist das Blatt darauf hin, daß Frankreich seit Beendigung des Krieges immer wieder versichert habe, daß es Sicherheit wünsche. Frankreichs Militärbündnisse im Osten hätten lediglich die Gefahr vermehrt, gegen die es sich zu schützen wünsche. Es sei ihm bisher nicht gelungen, die britischen Garantien zu erhalten, die es als ausreichend ansehe. Jetzt sei Frankreichs Gelegenheit gekommen. Indem Frankreich den deutschen Plan als Verhandlungsgrundlage annehme, könne es eine

Lage schaffen, in der es wahrscheinlich die erwünschten Garantien eher erhalten würde als jemals seit Kriegsende oder jemals in Zukunft. Wenn Frankreich wirklich Sicherheit wünsche, dürfe es, wenn es klug sei, sich die Gelegenheit nicht entfließen lassen. Wenn das, was Hitler angeboten habe, nach Frankreichs Ansicht „phantastisch“ sei, wollten dann seine Staatsmänner vielleicht nicht zum mindesten erklären, was sie denn eigentlich zufriedustellen würde?

Der „Daily Herald“ schreibt unter der Überschrift „Ruhe behalten“, daß Furcht und Zittern nicht geeignet seien, Europa aus seinen Wirren und Gefahren herauszuführen. In Hitlers Angebot sei zweifellos einiges enthalten, was für französisches Nervensystem aufreizend sei, aber derartiges sei auch in dem Weißbuch für Deutschlands Nerven enthalten gewesen. Der Zittern des Augenblicks dürfe aber nicht die Zukunft einer ganzen Generation gefährden. Man müsse die Vergangenheit ruhen lassen. In Hitlers Vorschlägen sei zum mindesten eine Gelegenheit gegeben.

Holländischer Appell an Frankreich und England

Amsterdam, 2. April. In der holländischen Presse hat der neue Friedensvorschlag des Führers allergrößtes Interesse ausgelöst. Er wird von den Zeitungen in langen Ausführungen wieder gegeben. Im Zusammenhang mit der ablehnenden Haltung der französischen und auch eines kleinen Teils der englischen Presse warnt der „Telegraaf“ England und Frankreich davor, daß das Problem der zwischenstaatlichen Politik durch andauerndes Bestehen der Schwierigkeiten nicht zu lösen sei. Frankreich und England befänden sich in der Lage, daß sie schon einen Teil ihrer Handlungsfreiheit verloren hätten. Die Friedensverträge der Nachkriegszeit seien im Begriff, in Ruinen zu zerfallen. Diejenigen, die in den letzten zehn Jahren die Schicksale Europas geleitet haben, seien keine wahren Väter gewesen, sondern Männer, die sich den Tatsachen entgegenstemmen versucht hätten. Wenn nun eine Weigerung erfolge, zu verhandeln, so könne daraus ein weiteres großes Unglück erwachsen.

Die Schweiz und der Friedensplan

Günstige Aufnahme in der schweizerischen Presse

Basel, 3. April. Die Aufnahme des deutschen Friedensplanes in der schweizerischen Presse kann im großen und ganzen als durchaus günstig bezeichnet werden. Der „Berner Bund“ hebt hervor, daß das tatsächliche und politische Schwergewicht des deutschen Planes auf dem Angebot eines zunächst 25 Jahre dauernden Nichtangriffspaktes mit den verschiedenen unmittelbaren Nachbarn Deutschlands beruhe. Bezüglich des zweiten Teiles des Planes müsse offen zugegeben werden, daß diese Vorschläge nicht nur großzügig und praktisch ausführbar, sondern zweifellos auch ehrlich gemeint seien. Gleichgültig, wie man sich im einzelnen zu den verschiedenen Punkten dieses Programms stellen mag, als Ganzes ist es ein großzügiger, durchaus ernst zu nehmender Plan zur Befriedung Europas. Wer ihn ohne Verhandlungen übergeht und ablehnt, läßt eine ungeheure Verantwortung auf sich. Wir wollen nur hoffen, daß die Antwort des offiziellen Frankreichs anders lauten wird als die bis jetzt vorliegenden Stimmen des inoffiziellen. Nur unbedingte Sachlichkeit bei der Prüfung kann zum Ziele führen. Frankreich darf seine politische und moralische Kritik nicht durch eine halsstarrige, eigenwillige und unangiebige Haltung aufs Spiel setzen.

Für die britische Regierung“ schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“, „bringt das neue Angebot des Wiedereintritts in den Völkerbund den vom Standpunkt der englischen Volksmeinung aus unschätzbaren Vorteil mit sich, daß Großbritannien für den Frieden und die Sicherheit in Mittel- und Osteuropa keine über den Völkerbundspakt hinausgehenden Verpflichtungen übernehmen müßte, während die Reichsregierung sich durch diesen selbst den Völkerbundspakt automatisch und feierlich binden würde.“

„Abschließend sei festgestellt“, so schreibt das „Berner Tagblatt“ am Ende seines Leitartikels: „Wenn Hitlers Gegenanschläge Grundlagen zu Verhandlungen bieten, die nicht an einem neuen französischen „Annehmbar“ abprallen dürften, soll Europa nicht seine letzte Chance verpassen. Aus dem ganzen deutschen Dokument ist der ehrliche Wille zum Frieden erkennbar.“

Die Garantiebriefe

Zwei Schreiben Edens an Frankreich und Belgien

London, 3. April. Außenminister Eden empfing nacheinander den französischen und den belgischen Botschafter, denen er je zwei Briefe aushändigte. Das eine Schreiben bezieht sich auf Teil 3 des Weißbuches, der sich mit den Generalstabsbesprechungen handelt, die im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen mit Deutschland geführt werden sollen.

Reuter erklärt u. a., die Tatsache, daß der Brief ausgedrückt wurde, bedeute nicht, daß die in ihm vorgesehenen Verpflichtungen, die sich streng auf der Grundlage der Gegenseitigkeit hielten, in Kraft getreten seien. Sie würden erst dann wirksam werden, nachdem in einer Konjunktion zwischen der britischen, der französischen und der belgischen Regierung entschieden worden sei, daß die Versöhnungsversuche fehlgeschlagen seien.

Das zweite, am Donnerstag ausgehändigte Dokument sei ein Brief, der sich auf den Paragraph 3 des Weißbuches beziehe, der Stabsbesprechungen zwischen England, Frankreich und Belgien für die Zwischenperiode vorsehe. Es verlaute, daß dieser Brief auf die politische Begrenzung Bezug nimmt, innerhalb deren diese Stabsbesprechungen stattfinden müßten.

Tagung der Locarno-Mächte am 8. April in Paris oder Brüssel?

Paris, 3. April. In der Unterredung zwischen Außenminister Glandin und dem englischen Botschafter am Donnerstag nachmittag ist grundsätzlich ins Auge gefaßt worden, daß die Vertreter der vier Locarno-Mächte am Mittwoch, den 8. April, in Paris oder Brüssel zusammentreten. Die englische Regierung wird ihre Meinung umgehend bekanntgeben. Der Wortlaut des Garantieabkommens und des Briefes über die Eröffnung von Generalstabsbesprechungen, die am Donnerstag dem französischen Botschafter in London von der englischen Regierung übergeben worden sind, wird am Freitag veröffentlicht werden.

Ministerpräsident Sarraut wird den Besprechungen des Außenministers Glandin mit den französischen Botschaftern in Berlin, Rom und London beiwohnen.

Die Botschafterbesprechungen in Paris

Paris, 3. April. Die französische Regierung entwickelt angedeutet der deutschen Friedensvorschläge eine außergewöhnlich ruhige Tätigkeit. Nachdem bereits der ganze Donnerstag mit der Prüfung der deutschen Note und mit verschiedenen Besprechungen ausgefüllt war, werden die Beratungen fortgesetzt.

Die französischen Botschafter in Berlin, London, Rom und Brüssel, die im Laufe des Vormittags in Paris eintrafen, haben am Nachmittag dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister einen genauen Bericht über die Lage und die Stimmung der vier Länder erstattet.

Die Schlacht am Ashangi-See

Was das abessinische Hauptquartier meldet

Addis Abeba, 3. April. Das abessinische Hauptquartier meldet: Seit dem 31. März finden in der Gegend bei Mai Cio südlich des Umba-Massif und in der Gegend von Debar schwere Kämpfe statt. Die von Abessiniern eingeleiteten Kämpfe spielen sich unter der Führung des Kaisers ab. Den abessinischen Kräften gelang es, am 31. März mehrere bestmögliche Stellungen zu nehmen. Am 1. April begann die Schlacht um 5 Uhr morgens und dauerte bis zum Abend. Im Laufe der beiden ersten Kämpfe fielen von den italienischen Truppen 36 weisse Offiziere und 700 Soldaten, ferner an die 2000 Mann der erzherrlichen Truppen. Die Zahl der Verwundeten ist noch unbekannt. Die Abessiniern erbeuteten viele Waffen, Kanonen, Maschinengewehre und sonstiges Kriegsmaterial, insbesondere Munition. Die Verluste auf abessinischer Seite betrugen in dem gleichen Zeitraum 887 Tote und 350 Verwundete.

Die amtliche Verlautbarung des Hauptquartiers hebt besonders hervor, daß die abessinischen Truppen sich außerordentlich tapfer geschlagen hätten und vorgezogen hätten trotz des ungewöhnlich starken Artillerie- und Maschinengewehrfeuers, trotz des ungeliebten Fliegerbombardements und des Abwurfs von Gasbomben.

Italienische Verluste in der Ashangi-Schlacht

Romar, 3. April. (Zuspruch des Kriegsgerichtsrats des DVB.) Die italienischen Verluste in der großen Schlacht im Gebiet des Ashangi-Sees wurden am Donnerstag abend im italienischen Hauptquartier mit etwa 1200 Toten und Verwundeten beziffert.

Auf abessinischer Seite fielen zahlreiche hohe Würdenträger gefallen sein. Unter den Gefallenen sollen sich der Postminister Wolde Marias und der Oberhofzeremonienmeister Tigab Tasse, der die kaiserliche Garde befehligte, und der Führer des Stammes der Asdo Gall, Awcia Tola, befinden.

Nach der Schlacht am Ashangi-See

Rom, 3. April. Der italienische Heeresbericht Nr. 174 hat folgenden Wortlaut: „Marshall Badoglio telegraphiert: In dem Abschnitt am Ashangi-See zieht sich der Feind nach Süden zurück. Er wird von unseren Truppen verfolgt und von der Luftwaffe mit Bomben belegt. Die dritte erzherrliche Brigade unter Führung von General Cubeddu hat sich mit der Abteilung, die unter Führung Staraces steht, vereinigt. Sie ist damit beschäftigt, sich im Gebiet von Gondar einzurichten. Von der Somalifront gibt es nichts zu melden.“

Forderungen Abessiniens an den Völkerbund

Genf, 3. April. Der abessinische Gesandte in Paris hat an den Völkerbund eine neue Note gerichtet. Die grundsätzliche Zustimmung der italienischen Regierung zu dem Friedensappell des Rates wird darin als ein Manöver bezeichnet, das dazu dienen solle, die Petroleums-Sanktionen hinauszuschieben. Abessinien bestreite in der Note ferner, daß Italien die Absicht habe, die Feindseligkeiten zu beendigen und den Frieden im Rahmen des Völkerbundes und im Geiste des Völkerbündnisses wieder herzustellen. Weiter wird Italien vorgeworfen, daß es mit allen Mitteln das abessinische Volk zu vernichten trachte. Die Note geht dann auf die Tätigkeit des Völkerbundes ein und macht ihm zum Vorwurf, nicht alle geeigneten Sanktionen durchzuführen. Es sei, so heißt es, der italienischen Regierung sogar möglich, die Aufhebung jeder Art von Sanktionen im Wege eines Tauschgeschäftes zu erwirken. Die abessinische Regierung richtet dann folgende Forderungen an den Völkerbund: 1. Gewährung der schon wiederholt verlangten finanziellen Hilfe; 2. Aufhebung aller noch bestehenden Hindernisse und Erschwerungen für den Transport von Waffen nach Abessinien; 3. Verstärkung und Ergänzung der Sanktionen; 4. dringliches Einschreiten gegen die italienische Regierung, um — so wird erklärt — „dem Kriegsrecht und den internationalen Abkommen Achtung zu verschaffen und den planmäßigen Zerstörungen und der Ausrottung unbeteiligter Einhalt zu gebieten.“

Äquatoraufstieg auf dem Luftschiff „Hindenburg“

Am Bord des Luftschiffes „Hindenburg“, 3. April. (Zuspruch.) Am Donnerstag um 20 Uhr hatten wir insgesamt 3780 Seemeilen zurückgelegt. Der Nord-Nordost-Wind, der in Stärke 9 bis 10 wehte, begünstigte die Fahrt. Am Freitag früh 2.43 Uhr WZG wurde der Äquator passiert. Der Luftgott Aeolus erschien persönlich und taufte die Fahrgäste, die sämtlich mit dem Luftschiff „Hindenburg“ zum erstenmal die Mittellinie der Erde überflogen. Die dienstfreien Offiziere, die dem lustigen Gott als Ehrengeloste dienen, verteilten kunstvolle, auf den Namen ausgelegte Taufschokolade und silberne Zepp-Nadeln. Bald vor uns leuchtete auf etwa 20 Himmelsgrad das Kreuz des Südens in unserer hellen Tropennacht nennend. Hell erleuchtet zog der Zepp ruhig und majestätisch seine Bahn, während die Gestirne auf dem dunkelblauen Ocean funkelten.

Das Fest der Äquatorweihung wurde am Abend durch ein „Äquatoressen“ eingeleitet, bei dem alles, einschließlich der Gerichte, in jeder Weise fließt war. Es gab „Aeolus“-Wortspiele, Lendenknistern „Äquator“, „Eis“-Gemüse, „Monium“-Kartoffeln und „Zepp“-Auslauf. Kommandant Lehmann hielt eine launige Ansprache, für die Ministerialrat Thomas vom Verkehrsministerium im Namen der Fahrgäste mit herzlichen Worten dankte. Im übrigen herrschte Freude bis in die tiefe Nacht hinein, da es zum Schlafen ohnehin zu heiß war.

Vor Eröffnung der Reichsautobahn Berlin—Stettin

Berlin, 3. April. Während um die Reichshauptstadt herum der Autoring entsteht, konnte jetzt die erste Teilstrecke Berlin—Joachimsthal der Reichsautobahn Berlin—Stettin fertiggestellt werden. 6000 Arbeiter bewegten in insgesamt 1340 Tagewerken rund 35 000 Kubikmeter Erdmassen; 57 800 Kubikmeter Beton fraßen die Bauwerke, 6930 Tonnen Stahl und Eisen wurden für die Konstruktion der Uebergänge gebraucht. Die gesamte Fahrbahndecke auf diesem Abschnitt umfaßt eine Fläche von 720 000 Quadratmeter. Diese wenigen Zahlen des 48 Kilometer langen Teilstückes zeigen, in welchem Ausmaß durch den Bau der Autobahnen im ganzen Reich Arbeit geschaffen und zahlreichen Industrien ein neuer Auftrieb gegeben wurde.

Ministerpräsident Hermann Göring, der am 21. März 1934 bei Anwesenheit des ersten Spatens für diesen Bauabschnitt tat, wird am Samstag die nun fertiggestellte Strecke, die durch eine der schönsten Gegenden der märkischen Landschaft führt, feierlich dem Verkehr übergeben. Hinter Joachimsthal wird an der Fertigstellung der Gesamtstrecke emsig weitergearbeitet. Noch im Herbst dieses Jahres wird der Weg zu den Ostseebädern und zum Hafen Stettin dem Verkehr übergeben werden. Die insgesamt 112 Kilometer lange Autobahnstrecke Berlin—Stettin dürfte dann für das moderne Kraftfahrzeug in einer guten Stunde zu bewältigen sein.

Reichsnährstand fordert Soja-Anbau

Am den Anbau der Sojabohne, die als wertvollste Fett- und Eiweißpflanze gilt, wenigstens für eine beträchtliche Fläche sicherzustellen, hat sich der Reichsnährstand entschlossen, noch für diese Aussaat, die bis Ende April vorgenommen sein muß, die Grundlagen zu schaffen. Da bisher dem Anbau der Sojabohne in Deutschland der billige Auslandspreis von etwa 16 RM. je Doppelzentner besonders hinderlich im Wege stand, wird für die diesjährige deutsche Sojabohnenernte vom Reichsnährstand der doppelte Preis, und zwar 32 RM. je Doppelzentner, ab Station des Anbauers garantiert. Außerdem erhält jeder Anbauer etwa 85 Prozent reines Soja-Kraut der von ihm abgelieferten deutschen Sojabohnen zum Marktpreise zurück. Die genannten Vergünstigungen erhält jeder, der vertraglich in diesem Jahre Sojabohnen anbaut, das Saatgut dazu von den zugelassenen Züchtern erhält und die Ernte an die Saatgutstelle Berlin abliefern.

3186 Kriegspferde festgestellt

Ueber 600 bedürftige Kriegspferdebesitzer erhalten die Ehrenspende von je einem halben Zentner Hafer!

Die von der Tierheuschicht „Deutscher Tierfreund“ in Seesbach (Oberbayern) durchgeführte Erhebung der noch lebenden Kriegspferde hatte den beachtlichen Erfolg, daß bisher 3186 Kriegspferde, von denen 2178 in Händen ehemaliger Frontsoldaten sind, festgestellt werden konnten. Alle diese Kriegspferde tragen heute das Ehrenschild „Kriegskamerad“ am Geschirr. Von den 3186 noch lebenden Kriegspferden tragen 842 Pferde die Markden von Kriegsverwundungen, 72 Kriegspferde befinden sich in Händen von Frontsoldaten, die bereits schon während des Krieges mit ihren Tieren zusammen waren und sie zum Teil nun über 20 Jahre pflegen. An 608 Kriegspferde, deren Besitzer bedürftig waren, hat „Der Deutsche Tierfreund“ die Ehrenspende von je einem halben Zentner Hafer vermittelt. Viele deutsche Volksgenossen, vor allem unsere alten Soldaten des Weltkrieges, haben diese vor verdienten Ehre der vierbeinigen Kriegskameraden mit großer Freude begrüßt.

Reichsstrassensammlung



der N.G. Volkswohlfahrt

lokales

Wildebad, 4. April 1936.

Palmsonntag

Der Palmsonntag, der auch „grüner Sonntag“ und mancherorts „Blumen Sonntag“ genannt wird, leitet zur ersten und stillen Klarung über. Schon in frühchristlicher Zeit wurde die Feier des Palmsonntags zur Erinnerung an den Einzug Christi in Jerusalem begangen. Darin bildeten Palmzweige das Symbol des Festes. In der katholischen Kirche werden an Stelle von Palmzweigen Büschel von Weiden und Haseln und andere grüne Zweige geweiht und in den Kirchen Prozessionen abgehalten. Bei diesen Prozessionen wurde früher auch ein hölzerner und geschmückter Palmesel auf Rädern mitgeführt, um dem Volk den Einzug Christi in Jerusalem möglichst anschaulich vor Augen zu führen. Dieser Brauch besteht heute nur mehr in ganz wenigen Orten. Nach altem Volksglauben wohnen den geweihten Zweigen heilige Kräfte für Mensch und Vieh, für den Hausstand und für den Fruchttag an den Weiden. Se ein Zweiglein kommt in den Stall, auf den Getreideboden und in den Herrgarden, und ein Büschel wird hinter das Kreuz in der Herrgarte gesteckt und das ganze Jahr über als segensbringend aufbewahrt.

Die evangelische Kirche begeht am Palmsonntag das Fest der Konfirmation. In dieser Feier hat sich die Erinnerung erhalten an die in der frühchristlichen Kirche übliche Sitte, daß die neu eintretenden Mitglieder der christlichen Gemeinde am Palmsonntag das Glaubensbekenntnis ablegen.

Zur Konfirmation

Unsere Konfirmanden, die nun im feierlichen Gottesdienst an den Altar treten, sind keine fertigen Christen. Sie stehen erst am Anfang. So wie alle Christen immer nur am Anfang stehen. Die Wahrheit des Evangeliums ist reich und tiefer, als daß sie je von einem Menschengeist in ihrer ganzen Fülle begriffen werden könnte. Wir sind alle nur auf die Spur gelehrt. Wir wandern von Erkenntnis zu Erkenntnis. Aber wir kommen nie zu Ende. Wir können nur immer weiter hineinwachen in die Welt der christlichen Botschaft. Aber wenn dem so ist: Warum wird dann den Konfirmanden zugemutet, vor der versammelten Gemeinde ein Gelöbnis zu Christus abzulegen? Diese Frage ist alt. Und gerade denen, die mit ganzem Gemute an der Feier teilnehmen, bereitet sie manche Not. Ist ein solches Gelöbnis nicht eine Ueberforderung? Wird damit nicht einer späteren religiösen Entwicklung des jungen Menschen vorgegriffen?

Gewiß, keiner von den Konfirmanden weiß, welchen inneren Weg er gehen wird. Beim einen mag es ein ruhiges Vorwärtsschreiten in der Richtung sein, die ihm in der religiösen Unterweisung der Jugendzeit gezeigt wurde. Beim andern — und das ist wohl weitaus die Mehrzahl — wird es durch allerlei Krisen und Ansetzungen gehen. Andere religiöse Vorwürfe werden um ihn werden, ihn unsicher machen; vielleicht wird es ihnen gelingen, den Glauben an die Wahrheit des Evangeliums in ihm zu erschüttern, ihn Christus zu entfremden. Welcher Christ könnte sich sagen, er sei durch sein ganzes Leben hindurch immer gleichmächtig klar und sicher in seiner Glaubensüberzeugung ge-

wesen? Dem lieben Zeiten des Schwankens und Treuens erpari?

Das Gelöbnis des Konfirmandens zu Christus aber enthält den Entschluß: Mag mein innerer Weg führen, wohin er will, so will ich doch immer versuchen, Christus zu hören. Der Mensch wandelt sich. Seine Einstellung zu Christus wechselt. Sie kann zustimmend und gehoramt, aber auch kritisch und ablehnend sein. Nicht das ist das Schlimme, wenn man in einem Gegenjag zu Christus gerät und sich mit ihm auseinandersetzt. Erstes Kämpfen um Christus wird immer gelehrt sein! Sondern das ist schlimm, wenn man kurzerhand und leichtfertig Christus überhaupt aus dem Leben streicht, oder indem man sich hinter einem hohlen Gleichgültigkeit, über sein eigenes Ich Stumpfheit und Schlagwort versteht. Wer sich zu Christus gelobt, der gelobt seine Bereitschaft, auf Christus zu hören. Der bezeugt damit, daß Christus eine Lebensmacht ist, die zu groß ist, als daß man sie so leicht abtun könnte, wie zu verflochtenen Mode. Der ernste Mensch, er mag innerlich stehen, wo er will, wird mit Christus „Schluß“ gemacht hat, der stellt damit seiner religiösen Tiefe kein gutes Zeugnis aus.

Christus ist größer als wir. Seine Wahrheit ist tiefer als unsere Meinung. Wir sind begrenzt in unserem Denken und Erkennen. Wir sind allerlei Einflüssen und Entwürfen unterworfen. Christus aber ist ewig und gleich und jenseits der Zeiten und Bewegungen. Er verdient es, daß wir ihn ernster nehmen als unser bruchstückhaftes Wissen und Urteilen. Er verdient es, daß wir es mit ihm wagen. Das bedeutet nicht, daß man in Besitz dogmatischer Formeln und festgelegter Auffassungen sein muß. Sondern wir sollen wissen — der Konfirmand so gut wie der Erwachsene —: Christus ist das Schicksal unseres Lebens. Und wir wollen uns zu diesem Schicksal bekennen: „Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn!“

K. S.

Osterpakete und Ostergrüße

Ostergaben und Osterwünsche, die man mit der Post übersendet, sollen pünktlich zum Fest eintreffen. Die Post hat alle Vorsehrungen getroffen, sie bittet die Versender um verständnisvolle Mitarbeit. Pakete, Postgüter und Päckchen wie die brieflichen Ostergrüße sollte niemand erst in allerletzter Stunde einlefern. Bei dem Reiseverkehr vor dem Feste sind immerhin Verspätungen und Anschließungsverzögerungen möglich; verspätetes Eintreffen der Sendungen beeinträchtigt aber leicht die Festfreude bei den Empfängern. Die Paketversendungen müssen gut verpackt und verschürt, die Anschriften haltbar angebracht werden; obenauf in jede Sendung lege man ein Doppel der Aufschrift, damit die Ostergaben auch ihr Ziel erreichen, wenn die äußere Aufschrift verloren geht. Für Päckchen, die mit den Paketversendungen befördert werden, darf man nicht schwache Pappschachteln verwenden, die leicht eingedrückt werden. Die Anschrift des Empfängers und des Absenders soll auf den Paket wie auf den Briefsendungen vollständig und recht deutlich angegeben werden.

Werbung von Freiwilligen für die Luftwaffe

Das Reichsluftfahrtministerium gibt u. a. bekannt:

1. Die nächsten Einstellungen von Freiwilligen in die Luftwaffe erfolgen am 1. Oktober 1936.

2. Meldeschluß für die Einstellung ist der 30. April 1936.

3. Für die Einstellung kommen in Frage:

a) Für die Fliegertruppe: Bewerber von 18 bis 23 Jahren; mit 23 Jahren jedoch nur in Ausnahmefällen, wenn sie für die Luftwaffe besonders geeignet sind (den Flugzeugführer der Klasse A2 besitzen oder nachweislich mindestens ein Jahr als Monteur in einer Flugzeugfabrik oder bei einem Luftfahrtunternehmen beschäftigt gewesen sind).

b) Für die Flakartillerie, Luftnachrichtentruppe und Regiment General Göring: Bewerber von 18 bis 23 Jahren.

4. Die vierzehnjährigen dienenden Freiwilligen — mit Ausnahme des Jahrgangs 1915 — sind vom Arbeitsdienst befreit, wenn sie tatsächlich eingestellt werden. Bewerber älterer Geburtsjahrgänge werden bei der Einstellung bevorzugt berücksichtigt, wenn sie den Arbeitsdienst abgeleistet haben. Dieser ist aber nicht Vorbedingung.

5. Die Freiwilligen für die Flieger- und Luftnachrichtentruppe müssen sich auf eine Dienstzeit von vierzehnjährigen verpflichten. Bei Verwendung als fliegendes Personal (Flugzeugführer, Bordunker (Fliegerführer) und Bordmechaniker (Fliegerführer) wird vor Beginn der Sonderausbildung eine Jahrsverpflichtung auf insgesamt zwölf Jahre gefordert. Die Freiwilligen für die Flakartillerie verpflichten sich auf ein Jahr, zweijährige Verpflichtung erwünscht. Die Freiwilligen des Regiments General Göring müssen auf zwei Jahre verpflichten.

6. Im übrigen ist Voraussetzung für die Einstellung Freiwilliger, daß der Bewerber a) die deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit) besitzt, b) wehrwürdig, c) deutschen oder arbeitsverwandten Blutes, d) unbescholten, e) unverheiratet, f) tauglich 1 oder 2 für den Wehrdienst ist. Mindestgröße 1,60 Meter; im Ausnahmefall 1,54 Meter, wenn für die Luftwaffe wertvoll. Nötige Zahnbehandlung ist vor Einstellung durchzuführen. Bewerber, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, können nicht eingestellt werden.

7. Die Einstellung soll in der Regel nur bei Truppenteilen erfolgen, deren Standort in der Nähe des Wohnortes des Bewerbers liegt. Standort des Bewerber die für ihn in Betracht kommenden Truppenteile nicht bekannt, so kann er sie beim zuständigen Wehrbezirkskommando erfragen. Die Wahl der Wehrbezirksgattung (Fliegertruppe, Luftnachrichtentruppe, Flakartillerie und Regiment General Göring) ist dem Bewerber freigestellt. Näheres beim Wehrbezirkskommando.

Württemberg

Ratsherrenreife der Stadt Stuttgart

Stuttgart, 3. April. Am Donnerstag fand unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. Strölin eine Ratsherrenreife statt. Den Ratsherren wurde zunächst ein eingehender Bericht über die Ergebnisse der Wahl vom 29. März 1936 in den einzelnen Stuttgarter Wahlbezirken erstattet. Der Oberbürgermeister sprach anschließend allen ehrenamtlichen Wahlorganen und dem Statistischen Amt, das mit der Durchführung der Wahl beauftragt war, im Namen der Stadt Stuttgart seine Anerkennung und seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Im Anschluß hieran wurden in Anwesenheit des Beauftragten der NSDAP für die Stadt Stuttgart, Kreisleiter Mauer, Fragen der Hauptabteilung mitgeteilt. Stadtkämmerer Bürgermeister Dr. Kohnstamm bitteten, daß sich die Aufsichtsbekanntmachung der Haushaltsrechnung zum ordentlichen und außerordentlichen Haushalt 1935 einvernehmlich erklären habe und daß die in der Haushaltsrechnung 1936 vorgesehene Steuererhöhung von den beteiligten Ministerien am 31. März 1936 gebilligt worden seien. Daraufhin wurde der Verkauf des von Palmischen Guts in Mühlhausen erörtert. Wie

bereits berichtet, beabsichtigt die Stadterwaltung, auf dem 150 Hektar großen Gut ein großzügiges Siedlungsprogramm durchzuführen. Es sollen auf diesem landschaftlich schön gelegenen Gelände 1000 Wohneinheiten, überwiegend in Form von Kleinfelderstellen und Kleingehöften, geschaffen werden. Die Planbearbeitung wird so beschleunigt, daß noch in diesem Jahr ein erster Teilabschnitt mit 200 Wohneinheiten in Angriff genommen werden kann. Die Ratsherren begrüßten es besonders, daß die Zins- und Mietbelastung für die einzelnen Wohneinheiten in Anpassung an das Einkommen der minderbemittelten Schichten den Rahmen von 28 bis 35 RM. nicht überschreiten wird. Weiter wurde mit den Ratsherren über eine bauliche Erweiterung der städtischen Frauenklinik in der Bismarckstraße beraten. Die Zahl der Entbindungsfälle nimmt derart zu, daß sich die vorhandenen Entbindungsräume in Bände als unzulänglich erweisen würden. Es betrug nämlich die Zahl der Entbindungen in der städtischen Frauenklinik: 883 im Jahre 1932, 634 im Jahre 1933, 934 im Jahre 1934 und 1268 im Jahre 1935. Die Zahl der Entbindungsfälle hat sich also im Jahre 1935 gegenüber 1933 gerade verdoppelt. Der Oberbürgermeister betonte, die Tatsache, daß die städtische Frauenklinik gerade mit Rücksicht auf die starke Vermehrung der Entbindungsfälle erweitert werden müsse, sei ein überzeugender Beweis für die Erfolge der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik. Die Erstellung des Erweiterungsbaues, der u. a. drei Kreisläufe, eine Säuberabteilung und einen Laufraum vorstelt, entspricht daher einem von den Ratsherren anerkannten dringenden Bedürfnis. Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens wurde weiterhin den Neubau einer Entkeimungsanstalt für das Städt. Gesundheitsamt notwendig. Die neue moderne Entkeimungsanstalt wird auf einem städtischen Gelände an der Hofstraße in Bad Cannstatt erstellt. Daraus wurden verschiedene Grundstücks-erwerbungen behandelt, die teilweise zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse notwendig geworden waren. Weiter wurde mit den Ratsherren die Neuweisung von Bäderpreisen beraten. Durch diese wird vor allem eine Vereinfachung der Preise in den städtischen Bädern erzielt. Zur Hebung des Besuchs der städtischen Freibäder wurde eine besondere Ermäßigung bei Abnahme von fünf und zehn Karten eingeführt. Stadtrat Dr. Sigloch unterrichtete dann die Ratsherren eingehend über eingeleitete und beabsichtigte städtische Bauvorhaben hoch- und tiefbautechnischer Art. Der Oberbürgermeister betonte dabei ganz besonders, daß die Fänge der Stadt nicht zu stark verbaut werden dürfen, damit die Zufuhr frischer Luft in die Stadt gesichert bleibe.

Stuttgart, 3. April. (Ausstellung.) In der Zeit vom 4. bis 20. April veranstaltet die Gaudienstelle der NS.-Kulturgemeinde Württemberg-Hohenzollern im Lindenmuseum in Stuttgart eine Ausstellung „Theaterfiguren und Masken der Völker“. Die Ausstellung enthält wertvolles Material, das vom Lindenmuseum zur Verfügung gestellt wurde.

Hauptstätterstraße wird umgebaut. Infolge Umbauarbeiten in der Hauptstätterstraße wird der Straßenteil zwischen Wilhelmplatz und Paulinenstraße vom 3. April 1936 an und der Straßenteil zwischen Paulinenstraße und Marienplatz vom 6. April 1936 an auf die Dauer von voraussichtlich zwei Monaten für den Durchgangsverkehr mit Fahrzeugen aller Art gesperrt.

Unfälle. Am Mittwoch stürzte in einem Hause der Böheimstraße ein 63 Jahre alter Mann aus eigener Unvorsichtigkeit die Kellertreppe hinunter. Er zog sich eine

schwere Schädelverletzung zu und starb bald danach. — Auf der Kreuzung Cannstatterstraße und Schwanenplatz in Berg stieß ein Motorrad mit einem Personenkraftwagen zusammen. Der Lenker des Kraftwagens kam zu Fall und erlitt einen schweren Schädelbruch.

Ebhhausen, Olt. Nagold, 3. April. (Ehrenbürger.) Nach 14jähriger Ausübung seiner Praxis als erster Arzt der hiesigen Gemeinde schied Dr. Sigel von hier, um eine Stelle als Militärarzt anzunehmen. Bei einem Abschiedsabend gab Bürgermeister Nuy bekannt, daß der Scheidende in Anerkennung seiner Verdienste zum Ehrenbürger der hiesigen Gemeinde ernannt wurde.

Schömburg, Olt. Neuenbürg, 3. April. (Todesfall.) Nach langem Leiden starb hier im Alter von 66 Jahren Dr. med. Otto Loos, em. o. Professor der Zahnheilkunde an der Universität Frankfurt am M., Generaloberarzt a. D.

Balingen, 3. April. (Lastwagen gegen Bahndiensthaus.) In der Nacht fuhr auf dem schienen-gleichen Uebergang der Straße Balingen-Engstlatt ein Stuttgarter Lastkraftwagen mit Anhänger auf das kleine Bahndienstshäuschen auf und schob es auf die Bahngleise. Zum Glück fand in dieser Zeit kein Bahnverkehr statt. Der Unfall dürfte auf Ermüdung des Kraftwagenführers zurückzuführen sein.

Trossingen, 3. April. (Stiftung.) Aus Anlaß des 75. Geburtstages des Kommerzienrats Hohner stellte die Firma Matth. Hohner & Co. eine namhafte Summe zur Verfügung, aus der die Stadtgemeinde, die Kirchengemeinden, die Vereine und Formationen, sowie Bedürftige in Trossingen und in den Filialen Zuwendungen erhalten. Außerdem sind zur Erinnerung an den Geburtstag des Seniorhefes der Firma Matth. Hohner & Co. größere Zuweisungen an die schon seit einer langen Reihe von Jahren bestehende Hohnerstiftung und an die Angestellten-Pensionkasse in Aussicht genommen.

Niedlingen, 3. April. (Fischsterben in der Donau.) An dem Neuen des Niedlinger Elektrizitätswerks werden zur Zeit eine Menge toter Weißfische angetrieben. Die Fische haben bei näherer Untersuchung durchweg verstopfte Kiemen und müssen elend erstickt. Das Donauwäasser ist wieder einmal durch die Abwässer einer Fabrik derartig verunreinigt, daß das Fischsterben unausbleiblich ist.

Mühlhausen, Olt. Tutzingen, 3. April. (Stiftung.) Die kleine Baargemeinde hat mit seltener Einmütigkeit ihre Stimme für den Führer abgegeben. Ueber dieses Treuebekenntnis war der Ehrenbürger der Gemeinde, Präsident Fritz Kiehn, MdR., Trossingen, sichtlich erfreut. Als Dank stiftete er sofort ein Geldgeschenk von 1000 RM. Davon sollen der politischen Gemeinde 750 RM. zustießen, während 250 RM. dem Pfarramt überwiesen werden für kirchliche Zwecke.

Oshenhäuser, Olt. Biberach, 3. April. (Bäses Mißgeschick.) Einem Bauern passierte in einem benachbarten Ort eine recht mißliche Geschichte. Erhöht über das starrköpfige Verhalten eines Kälbchens wollte er diesem einen kleinen, aber deutlichen Dentsettel verabreichen. Der erzürnte Mann scheint dabei aber ausgerutscht zu sein, denn er schlug mit der Hand an den Barren, der logischerweise nicht nachgab. Und die Folge davon? Ein Armbruch, der ärztliche Hilfe erforderte.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Reichstheaterfestwoche 1936 in der Hauptstadt der Bewegung. Die Reichstheaterfestwoche, die im Jahre 1934 erstmalig in Dresden und im Jahre 1935 in Hamburg stattfand, wird in diesem Jahre von Sonntag, den 10. Mai bis Sonntag, den 17. Mai in der Hauptstadt der Bewegung durchgeführt werden. Der Präsident der Reichskulturkammer, Reichsminister Dr. Goebbels, wird am 11. Mai in einer Kundgebung der Reichstheaterkammer das Wort zu einer richtungweisenden Ansprache ergreifen.

Ueberreichung des Kaiser-Saga-Bildes in Tokio. Das Japanisch-Deutsche Kulturinstitut unter Führung des Grafen Kiyoura und des Marquis Okubo veranstaltete aus Anlaß der Ueberreichung des berühmten Kaiser-Saga-Bildes als Geschenk des Führers an den Kaiser von Japan im Adels-Club einen Empfang. Der 86jährige Graf Kiyoura dankte in einer Ansprache für das hochherzige Geschenk des Führers als Ausdruck der engsten freundschaftlichen Einstellung beider Völker und bat den deutschen Botschafter anläßlich seiner bevorstehenden Urlaubsreise, dem Führer den Dank des japanischen Volkes zu übermitteln.

Unterschlagungen bei der Kopenhagener Stadtverwaltung. Bei der Kopenhagener Stadtverwaltung ist man Unterschlagungen auf die Spur gekommen, die sich auf mehrere hunderttausend Kronen belaufen. Sie wurden von dem Leiter der Städtischen Verkaufsstellen, die Kohle, Koks, Holz und Petroleum an Unbemittelte liefern, verübt. Der Buchhalter dieser Abteilung soll Beihilfe geleistet haben. Die Unterschlagungen, die sich auf einen Zeitraum von neun Jahren erstrecken, wurden durch Fälschung der Lieferheine vorgenommen. Nach Aufdeckung der Unterschlagungen unternahm der Leiter der Abteilung zwei Selbstmordversuche, die aber beide mißlang.

Kommunistischer Geheimkinder ausgehoben. Bei den Kommunistenverhaftungen, die in den letzten beiden Tagen in Polen durchgeführt worden sind, wurde in Warschau eine geheime kommunistische Funktion entdeckt, die nicht nur die Verbindung zwischen den kommunistischen Organisationen innerhalb Polens, sondern auch mit Moskau aufrecht erhielt. Die kommunistische Empfangs- und Sendestation befand sich in der Wohnung eines Juden namens Estermann.

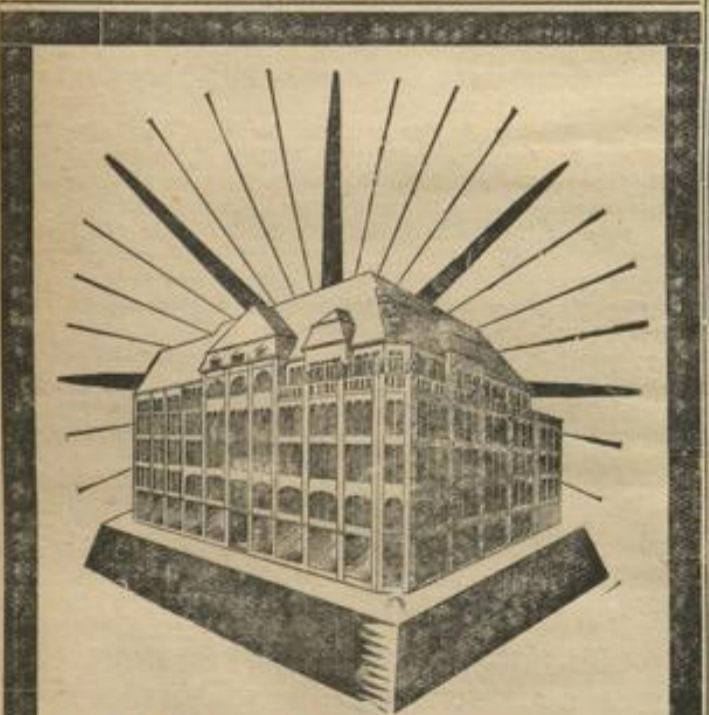
Geheimdokumente geraubt. In der größten rumänischen Flugzeugmotorenfabrik S. A. R. bei Kronstadt wurde ein aussehender Dokumentenraub festgestellt. Als die zuständigen Beamten nachmittags in ihre Diensträume kamen, fanden sie die Stahltürme erbrochen. Sämtliche geheimen Dokumente und Pläne waren geraubt. Unter den geraubten Papieren befinden sich die Pläne für alle rumänischen Militärflugzeuge und Motoren sowie alle Lizenzverträge mit ausländischen Flugzeug- und Motorenfabriken.

Religiöse Unruhen im Libanon-Gebiet. Anläßlich des mohammedanischen Festes zur Erinnerung an den Tod Alis, des Schwiegersohns Mohammeds und Gründers des schiitischen Glaubensbekenntnisses, kam es in den Schichten-Dörfern des südlichen Libanon zu blutigen Auseinandersetzungen, bei denen fünf Personen getötet und viele verwundet wurden.

Berausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Babbler, Wildbad im Schwarzwald (Süd. Th. Gsch.) P. 8. 36. 755. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 3 gültig.

Zur Konfirmation
empfehle ich
meine selbstgemachten Eierteigwaren
das Pfund 50 und 80 Pfg.
Bäckerei Kübler

Osterhalen u. -Eier
in allen Geschmacksrichtungen und Preislagen
finden Sie in bekannt reicher Auswahl in der
Konditorei Lindenberger
Auch für Wiederverkäufer. an der Bergbahn.



KNOPF
das moderne Kaufhaus
für alle Bedarfsartikel
Pforzheim
Marktplatz

Frühjahrs-Moden

Aparte Neuheiten in:
Strümpfen, Handschuhen
Seidenwäsche
Damen-Kragen, Knöpfe
Schließen, Gürtel, Schals
Stoffe für Ausputz
Kurzwaren

Fritz
Schumacher
Inh.: Max Schumacher
Seit 35 Jahren bewährte Fabrikate
Pforzheim, Leopoldstraße 1

Evangelischer Gottesdienst.
Palmsonntag (Konfirmation), den 5. April 1936.
9.30 Uhr Predigt, anschließ. Konfirmationsfeier, Stadtpf. Danber.
5.00 Uhr Besprechung mit den Konfirmierten, Stadtpf. Danber.
Montag bis Mittwoch: 8 Uhr abends Passionsandacht. [Schmid.
Mittwoch: Vorbereitung für die Abendmahlsfeier am Gründonnerstag und Karfreitag.
Gründonnerstag: Abends 6 Uhr Abendmahlsfeier.
Karfreitag: 9.30 Uhr Predigt, Abendmahlsfeier der Konfirmierten.
6 Uhr Nachmittagspredigt; Vorbereitung für die Abendmahlsfeier am Osterfest.
Sprollenhäuser.
Karfreitag: 2 Uhr Predigt und Abendmahlsfeier.
Katholischer Gottesdienst.
Palmsonntag, 5. April.
7.15 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Palmsonntagsmesse, Palmprozession und Amt. Abends 6 Uhr Kreuzweg-Andacht.
Berltag: Montag keine hl. Messe, Dienstag 7.15 Uhr hl. Messe, Mittwoch keine hl. Messe.
Gründonnerstag 7.30 Uhr Amt.
Karfreitag 9 Uhr Predigt und Liturgie.
Karlamstag 6.16 Uhr hl. Weihen, 7.30 Uhr Auferstehungsamt, Abends 6 Uhr Auferstehungsfeier.
Mittwoch, Gründonnerstag, Karfreitag, abends 6 Uhr Metten.
Beichte Samstag nachmittags von 3 Uhr an (fremder Beichtvater).
Sonntag in der Früh, Berltag vor der hl. Messe.
Kommunion vor und während der hl. Messe und des Amtes.
Mittwoch 6.25 Uhr, Karfreitag nicht.

Die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat

Gardinen -Stores in größter Auswahl, sowie Wäsche-, Aussteuer-Artikel zu billigsten Preisen

DEWERTH Pforzheim, nur Schloßberg 1 früher (24 Jahre) im Rathaus

Die neuen **Schulbücher** sind zu haben bei **Buchhandl. Biernow.**

Zum Frühjahr ein Kleid ein Anzug chemisch gereinigt wirkt wieder wie neu **Alt Vater, dem. Reinigung Haus de Ponte**

Wenig gebr. **Klavier** mit prachtvollem Ton, zu günstigen Preisen zu verkaufen. Anfrag, erbitten an **Schiedmayer & Söhne** Pianofortefabrik Stuttgart Neckarstr. 16

Visitkarten liefert in kürzester Frist die **Tagblattgeschäftsstelle.**

● **Blanke Möbel** immer nur durch ● **Kiwal** ● Möbelausschmückmittel Normalfl. -20, Doppelfl. 1,45



Frühjahrs-Neuheiten in grosser Auswahl eingetroffen bei billigsten Preisen **Modehaus Alt Vater Haus de Ponte**

Fußball-Berein Wildbad. Morgen Sonntag **Jugendspiel** gegen **F. C. Calmbach.** Spielbeginn 2 Uhr.

Hochwertiger weißer Cretonne 150 cm breit für Bettfücher (100%iges reines Baumwollgarn) per Meter **RM. 1.45**

Karl Riester, Bergrieden, Anruf 594.

Millionen Mitglieder rufen! Wo bleibst Du?